

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden
Verlags-Gesamtnummer: 25241
Preis für Nachdrucke: 20011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Mai 1926 bei täglich einmaliger Ausstellung frei Haus 1.70 Mk.
Vorlesungspreis für Monat Mai 3.40 Mark ohne Postzulagegebühr.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einzige 10 mm breite Reklamezeile 200 Pf.,
Rabatt 15 Pf., außerhalb 15 Pf., die 10 mm breite Reklamezeile 200 Pf.,
außerhalb 250 Pf., Öffentliche 30 Pf., Ausw. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38-42
Druck u. Verlag von Viepich & Reichardt in Dresden
Postleitzahl-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe ("Dresdner Nachrichten") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Der Wahlsieg Poincarés.

Neue Schikanen im besetzten Gebiet — Verstärkter kommunistischer Wahlterror

Das vorläufige amtliche Ergebnis.

Paris, 30. April. Bis 4.20 Uhr waren von 429 Wahlkreisen insgesamt 427 Resultate bekannt, die sich nach der offiziellen Statistik folgendermaßen verteilen:

Konservative	8
Radikale demokratische Union	76
Linksrepublikaner	60
Radikalrepublikaner	40
Radikalsozialisten	102
Republ. Sozialisten	41
Sozialisten (S. F. I. O.)	86
Kommunisten	14
Sozial. Kommunisten	2
Elßäische Autonomisten	3

Dieses Ergebnis zusammen mit dem aus dem ersten Wahlgang vor acht Tagen ergibt folgende Gesamtaufziffern:

Konservative	15
Republ. demoz. Union	145
Linksrepublikaner	106
Radikalrepublikaner	55
Radikalsozialisten	128
Republ. Sozialisten	47
Sozialisten (S. F. I. O.)	101
Kommunisten	14
Soz. Kommunisten	2
Elßäische Autonomisten	3

Obgleich im amtlichen Wahlergebnis nur drei elßäische Autonomisten als Abgeordnete der neuen Kammer ausgegeben sind, dürfte nicht übersehen werden, daß noch vier andere gewählte Kandidaten, obgleich sie Mitglieder der elßäischen Volkspartei sind, rein autonomistische Ziele verfolgen. Nicht zu unterschätzen ist ferner, daß auch die elßäischen Kommunisten heimatsrechtlich eingestellt sind, bzw. für eine Volksabstimmung ebenfalls mitzählen.

Die Agentur Havas veröffentlicht folgende Gewinn- und Verlustliste: Rechtsstehende plus 2, minus 4, Verlust 2; Rechtsrepublikaner mit Einschluß von drei Nationalisten und den katholischen Demokraten plus 67, minus 26, Gewinn 41;

Linksrepublikaner plus 81, minus 21, Gewinn 10; Radikalrepublikaner plus 20, minus 17, Gewinn 12; Radikale plus 26, minus 46, Verlust 20; Sozialrepublikaner plus 15, minus 17, Verlust 2; Sozialisten plus 27, minus 27; Kommunisten plus 5, minus 16, Verlust 11.

Zusammenföchte vor der Stichwahl.

Paris, 30. April. Am Vorabend der Stichwahlen kam es in Brest zu ziemlich lebhaften Zwischenfällen. In einer Wahlversammlung der nationalen Union sollte der bekannte Pariser Deputierte Taillinger sprechen. Die Kommunisten hatten den größten Teil des Saales bereits vor der Wahlversammlung belegt. Als Taillinger die Tribune bestiegt, wurde er mit Pfeilen und Schimpfwörtern empfangen. Drei Stunden mußte er dem Sturm standhalten, ohne zu Worte kommen zu können. Die Internationale und die Marche laine suchten sich gegenständig zu überwinden. Schließlich wollten die Kommunisten die Tribune stürmen, stießen aber bei ihrem Versuch auf den Widerstand der Rechtsparteien, die gleichfalls die kommunistischen Redner daran hinderten, das Wort zu ergreifen. Es entstand ein heftiges Handgemenge, so daß die Polizei sich gezwungen sah, den Saal zu räumen. Nach der mißglückten Wahlversammlung durchzogen zwei Sütte die Stadt, von denen der eine die Nationalhymne und der andere die Internationale sang.

Bei einer Wahlversammlung der Kommunisten auf einem öffentlichen Platz in Paris kam es, als die Polizei eingreifen wollte, ebenfalls zu einem Zwischenfall, wobei vier Polizeibeamte verwundet wurden, darunter zwei so schwer, daß sie ins Krankenhaus übergeführt werden mußten.

Die "Action Francaise" berichtet über

Unruhen im Elsass.

In Straßburg-Land hätten Tausende von Kommunisten und Autonomisten den Sieg des kommunistischen Abgeordneten mit dem Absingen der Internationale begrüßt. Starke Polizeitruppen seien mobilisiert worden. In Colmar habe die Gendarmerie auf die Autonomisten losgehen müssen, da sie den Versuch gemacht hätten, die im Gefängnis befindlichen gewählten Abgeordneten Riedlin und Rosse zu befreien.

Der entscheidende zweite Wahlgang in Frankreich.

Das Endergebnis der französischen Parlamentswahlen, das der gestrige Sonntag mit seinen über zwei Drittel der 612 Gesamtmandate betragenden Stichwahlen gezeigt hat, läßt drei charakteristische Merkmale erkennen:

1. Poincaré hat das Heft unwechselhaft in der Hand behalten. Auf allen Seiten herrscht Einstimmigkeit darüber, daß er nach der im Falle von Neuwahlen üblichen Kabinettsdissolution vom Präsidenten wiederum mit der Neubildung der Regierung betraut werden wird.

2. Die Rechte hat nicht in dem Maße gut abgeschnitten, wie es nach dem ersten Wahlgange zu erwarten war. Die unter der Führung des Pensionsministers Marin stehenden Nationalisten und Clerikalen haben nämlich zu ihren 72 Mandaten des ersten Wahlganges nur noch 78 hinzugewonnen, so daß sie insgesamt eine Stärke von 145 Mandaten erreicht haben. Das ist ohne Frage ein bemerkenswerter Fortschritt, da sie in der vorigen Kammer nur über 100 Mandate verfügten, aber es genügt doch nicht, um die Behauptung in der Presse dieser Richtung zu rechtfertigen, daß die neue Kammer eine Mutter der Rechten sein werde.

3. Die für die Mitte (Poincaré, Loucheur, Herriot, Poincaré, Briand) ausschlaggebenden bürgerlichen Radikalsozialisten, auch Sozialradikale oder schlechtweg Radikale genannt, sind nicht, wie man vielfach erwartete, zurückgegangen, sondern haben es einfachlich der Poincaré'schen Lintrepublikaner sowie der Briand-Gruppe (Sozialrepublikaner) auf insgesamt 291 Mandate gebracht.

Da die Sozialisten sich mit 101 Mandaten gegen früher 100 gerade behauptet haben, während die Kommunisten nur mit 14 Abgeordneten gegen früher 26 wiedererscheinen, so ergibt sich, daß das Schwergewicht auf einer Gruppierung ruht, die mit dem in Frankreich üblichen parlamentarischen Fachausdruck "republikanische Konzentration" genannt wird, was etwa unserer Mitte entspricht. Zählt man zu den 145 Abgeordneten der Marin-Gruppe noch die 15 Abgeordneten der äußersten Rechten (Royalisten und Bonapartisten) hinzu, so macht das zusammen mit den 153 Abgeordneten der Gruppe Briand und Poincaré 318, während die absolute Mehrheit 307 Stimmen beträgt, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß Poincaré gar nicht daran denkt, sich auf die 15 Mann der äußersten Rechten zu stützen. In Wirklichkeit würden also für diese Kombination nur 298 Stimmen zu zählen sein. Die republikanische Konzentration verfügt dagegen über 301 Stimmen, mit Auschluß der Sozialisten. Poincaré durfte sich daher bemühen, ein Kabinett auf dieser Grundlage zu stände zu bringen, unter möglichster Mitherauszehrung einiger Mitglieder aus der Marin-Gruppe. Wenn die Rechte unter Marin ihren raschen Siegeszug des ersten Wahlganges nicht im gleichen Umfang fortsetzen könnte, so ist das auf die Tatsache zurückzuführen, daß der Linken infolge der ersten großen Wahlerfolge der Rechten der Schred in die Gruppe gefahren war, und daß daher im Süden Frankreichs, zum Teil aber auch in den übrigen Wahlkreisen, für die Stichwahlen eine Erneuerung des alten Linkskartells vollzogen wurde. Für Poincaré kommt es nun darauf an, daß diese Entwicklung sich nicht im Parlament fortsetzt, daß also die republikanische Konzentration ohne die Sozialisten nicht in ein Linkskartell mit den Sozialisten übergeht. Deshalb ist Poincaré darauf angewiesen, einen Bruch mit der Marin-Gruppe zu vermeiden, damit die bisherige Politik der "nationalen Einigkeit" auch ferner der Sache nach fortgesetzt werden kann, wenn sie auch in der Form eine Aenderung erfährt durch die Bezeichnung als republikanische Konzentration. Der Voßringer kann und will weder die Marin-Leute noch die Radikalen brüskieren. Es steht daher vor einer ähnlich schwierigen Lage, wie wir sie bei uns in Deutschland nach den Dezemberwahlen 1924 erlebt haben: Dem Ausgang seiner Bemühungen auf Neubildung der Regierung darf man also mit besonderer Spannung entgegensehen.

Der französische Wahlausfall und die Wilhelmstraße.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 30. April. In der Wilhelmstraße erwartet man vom Ausgang der französischen Wahlen keine Veränderung in den Grundlinien der französischen Außenpolitik. Es fragt sich nur, ob Frankreich den jetzigen Rechtsblock beibehalten, oder ob es unter Abstoßung von ihm jetzt unterstützenden zum Teil sehr weit rechts stehenden Gruppen etwa ein mehr linksorientiertes Kabinett bilden werde. Die Frage "Rechtskoalition" oder "Regierung der republikanischen Konzentration" ist nach Lage der Dinge natürlich noch nicht entschieden.

Die Kriegspsychose der Mainzer Besatzungsbehörde

Die Deutschen müssen für eine französische Eventualmobilisierung ihre Automobile, Wagen, Pferde usw. vorführen.

Ein unerhörter Befehl.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 30. April. Wie wenig sich der "Geist der Besiedlung" im besetzten Gebiet durchsetzen vermögt, beweist ein soeben bekanntwerdender Befehl des Mainzer Oberkommandos der Belagerungsgruppen, laut dem die Automobile, Pkw, Lastwagen, Motorräder, Pferde usw. zur Registrierung bei der Kommandantur vorzuführen. Die Maßnahme beweist deutlich, daß die Kriegspsychose nach wie vor in den Köpfen der Besatzungshägerne spukt, und daß sie ungeachtet aller Gespräche von Thoiry und Locarno Anordnungen für notwendig halten, die den kugelroten Charakter von Vorsbereitungen für eine Mobilisierung tragen. Der bestossenen rheinischen Bevölkerung hat sich befreiwilligerweise ob dieses schlimmen Falles eine große Erregung bemächtigt.

Was die gemeldeten Schwierigkeiten im Luftverkehr im besetzten Gebiet anlangt, so ist noch nachzutragen, daß sowohl Sportflüge wie Bedarfslüge im besetzten Gebiet durch die Anordnungen der Besatzungsbehörde praktisch unmöglich gemacht sind. In jedem Einzelfall muß nämlich grundsätzlich eine Genehmigung bei den Franzosen eingeholt werden. Der Instanzenweg kann unter Umständen seine vier Wochen dauern. Es ergibt sich somit der unhaltbare Zustand, daß ein Bedarfslug wohl ohne besonders zeitraubende Formalitäten etwa nach Belgien, England usw. durchgeführt werden kann, jedoch nicht ins besetzte deutsche Gebiet. Auch dieser Zustand bedarf dringend einer energischen Korrektur.

Schwere Unwetter am Rhein.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Am ganzen Mittelrhein gingen am Sonntagabend schwere Gewitter, begleitet von wolkenbruchartigem Regen und heftigem Sturm nieder. Die Baumblätter ließen an vielen Stellen vollkommen vernichtet. Die Landstraßen sind weithin überschwemmt. Die elektrischen Überlandleitungen sind zum Teil zerstört. Besonders schwer heimgesucht wurden die Ortschaften auf der rechten Rheinseite. Dort standen die Wassermassen tief in den Straßen, so daß der Straßenbahnenverkehr zeitweise eingeschlossen werden mußte. Bei Bacharach ereignete sich ein Erdbeben, der den Eisenbahnkörper verschüttete, wodurch die Züge erhebliche Verzögelungen erlitten. In Rheinböhl wurde eine große Weinbergsanlage durch den Wolkenbruch abgeschwemmt.

Unweit Rheinböhl erlitt der nach Köln fahrende Zug D. 57, anscheinend durch das Unwetter, einen Unfall.

Pahzwang zwischen Danzig und Ostpreußen aufgehoben.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 30. April. Der Pahzwang im Verkehr zwischen Danzig und Ostpreußen ist aufgehoben. Wer die Grenze überschreitet, braucht lediglich einen Sonderausweis seiner beinaßlichen Polizeibehörde bei sich zu führen, der im Notfalle auch von der Grenzpolizei ausgestellt werden kann.